Amtsblatt
der Europäischen Union

DE
Reihe C

C/2024/6744

26.11.2024

P9_TA(2024)0118

Die Ermordung von Alexei Nawalny und die Notwendigkeit von EU-Maßnahmen zur Unterstützung der politischen Gefangenen und der unterdrückten Zivilgesellschaft in Russland

Entschließung des Europäischen Parlaments vom 29. Februar 2024 zu der Ermordung von Alexei Nawalny und der Notwendigkeit von EU-Maßnahmen zur Unterstützung der politischen Gefangenen und der unterdrückten Zivilgesellschaft in Russland (2024/2579(RSP))

(C/2024/6744)

Das Europäische Parlament,

— unter Hinweis auf seine vorangegangenen Entschließungen zu Russland, insbesondere jene zu Alexei Nawalny und zu der Menschenrechtslage im Land,

— unter Hinweis auf die Erklärung der Konferenz der Präsidenten vom 21. Februar 2024,

— unter Hinweis auf die Erklärung des Hohen Vertreters der Union für Außen- und Sicherheitspolitik im Namen der Europäischen Union vom 19. Februar 2024 zum Tod von Alexei Nawalny,

— unter Hinweis auf die gemeinsame Erklärung der Präsidentin der Kommission und des Vizepräsidenten der Kommission und Hohen Vertreters der Union für Außen- und Sicherheitspolitik vom 16. Februar 2024 zum Tod von Alexei Nawalny,

— unter Hinweis auf die Verfassung der Russischen Föderation und die internationalen Menschenrechtsverpflichtungen, zu denen sich Russland verpflichtet hat,

— unter Hinweis auf die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte, die Europäische Menschenrechtskonvention und den Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte,

— unter Hinweis auf den Bericht der Sonderberichterstatterin der Vereinten Nationen für die Lage der Menschenrechte in der Russischen Föderation, Mariana Kazarowa, vom 15. September 2023 mit dem Titel „Situation of human rights in the Russian Federation“ (Lage der Menschenrechte in der Russischen Föderation),

— unter Hinweis auf die Erklärung der Sonderberichterstatterin der Vereinten Nationen zur Lage der Menschenrechte in der Russischen Föderation vom 22. Februar 2024,

— unter Hinweis auf den Bericht der Agentur der Europäischen Union für Grundrechte vom 11. Juli 2023 mit dem Titel „Protecting Human Rights Defenders at Risk: EU entry, stay and support“ (Schutz gefährdeter Menschenrechtsverteidiger und ihre Einreise in die EU, ihr Aufenthalt in der EU und die Unterstützung dieser Personen),

— gestützt auf Artikel 132 Absätze 2 und 4 seiner Geschäftsordnung,

A. in der Erwägung, dass Alexei Nawalny, eine herausragende Person des politischen Lebens in Russland, Preisträger 2021 des Sacharow-Preises für geistige Freiheit, in einer nördlich des Polarkreises in Sibirien gelegenen Strafkolonie, in der er eine unbegründete und politisch motivierte Haftstrafe verbüßte, ums Leben gekommen ist; in der Erwägung, dass die Ermordung von Alexei Nawalny ein weiteres Zeichen für die zunehmende und systematische Unterdrückung in Russland ist; in der Erwägung, dass für seinen Tod Russland als Staat und insbesondere dessen Präsident Wladimir Putin, der zur Rechenschaft gezogen werden sollte, die uneingeschränkte Verantwortung tragen;

B. in der Erwägung, dass die Staatsorgane Russlands noch keine Informationen über die genauen Ursachen und Umstände seines Todes vorgelegt haben und seine Familie seinen Leichnam erst am 24. Februar 2024 für die medizinische Untersuchung und die Bestattung abholen durfte; in der Erwägung, dass keine unabhängige Autopsie oder Untersuchung der Todesursache durchgeführt wurde;

C. in der Erwägung, dass sich Alexei Nawalny seit dem 17. Januar 2021 – dem Tag, an dem er aus der medizinischen Rehabilitation nach einem von staatlicher Seite orchestrierten Mordversuch unter Verwendung des international geächteten Nervengifts Nowitschok nach Russland zurückkehrte – in Haft befand; in der Erwägung, dass er zuvor mehrfach festgenommen und inhaftiert und aus konstruierten und politisch motivierten Gründen, in dem offensichtlichen Versuch, seine politischen Tätigkeiten und Korruptionsbekämpfungskampagnen abzustellen, zu langen Haftstrafen verurteilt worden war; in der Erwägung, dass er während seiner Haft in mehreren berüchtigten Gefängnissen und Strafkolonien psychischem Druck, willkürlicher Bestrafung, schwerer Misshandlung und Folter ausgesetzt war; in der Erwägung, dass sich der Gesundheitszustand von Alexei Nawalny aufgrund von Misshandlung und mangelnder medizinischer Versorgung verschlechtert hatte;

D. in der Erwägung, dass Alexei Nawalny mit seinem Traum von einem „schönen Russland der Zukunft“ den Kampf für Freiheit und Demokratie verkörperte; in der Erwägung, dass die kontinuierliche Weiterentwicklung seiner Ansichten zur Politik in Russland und zur Rolle Russlands in der Welt mit Respekt zur Kenntnis genommen wurde; in der Erwägung, dass Alexei Nawalny durch seine Tätigkeit die illegalen Machenschaften und die Korruption im Herzen des Regierungssystems Russlands offengelegt hat; in der Erwägung, dass Alexei Nawalny seinen Kampf auch als Gefangener unermüdlich und mutig fortgesetzt hat, was sein Engagement für die Grundsätze der Demokratie und der Gerechtigkeit noch mehr verdeutlicht; in der Erwägung, dass seine Anwälte schikaniert werden und sich drei von ihnen seit Oktober 2023 in Untersuchungshaft befinden;

E. in der Erwägung, dass es Berichte darüber gibt, dass Bürger Russlands Alexei Nawalny in Städten und Ortschaften in ganz Russland Tribut zollen, aber viele dieser Bürger wegen ihrer friedlichen Aktionen festgenommen und einige von ihnen gezielt zum Kriegsdienst einberufen werden; in der Erwägung, dass der Botschafter der Europäischen Union in Russland, Roland Galharague, und viele seiner Amtskollegen aus den Mitgliedstaaten, dem Vereinigten Königreich und den USA zu denjenigen gehörten, die Alexei Nawalny am Solowezki-Stein, dem Gedenkstein in Moskau für die Opfer der politischen Repressionen in der Sowjetunion, geehrt haben;

F. in der Erwägung, dass das politische System Russlands von einem gefestigten autoritären Regime beherrscht wird, in dem die Korruption ungezügelt um sich greift; in der Erwägung, dass das Regime durch manipulierte Wahlen den Anschein von Demokratie erweckt und die gesamte Macht in den Händen von Wladimir Putin konzentriert; in der Erwägung, dass die Regierung jede abweichende Meinung unterdrückt und sich dabei auf willfährige Sicherheitskräfte, eine dienstbare Justiz, eine kontrollierte Medienlandschaft und eine Legislative stützt, die aus einer Regierungspartei und fügsamen Oppositionsparteien besteht;

G. in der Erwägung, dass der Tod von Alexei Nawalny kein Einzelfall ist, sondern den Höhepunkt des vom Kreml-Regime verfolgten Musters von Gewalt, Unterdrückung abweichender Meinungen und Einschüchterung von politischen Gegnern und zivilgesellschaftlich engagierten Bürgern darstellt; in der Erwägung, dass zahlreiche in der Verfassung Russlands festgeschriebene demokratische Rechte und bürgerliche Freiheiten in der Praxis nicht vorhanden sind; in der Erwägung, dass die Russische Föderation unaufhörlich gegen das Völkerrecht und internationale Verpflichtungen verstößt;

H. in der Erwägung, dass das harte Vorgehen gegen die unabhängige Zivilgesellschaft in Russland, das sich gegen nichtstaatliche Organisationen, Menschenrechtsverteidiger, Journalisten, Rechtsanwälte, Historiker, Verteidiger der Rechte von Frauen und LGBTIQ+-Personen, Umweltschützer sowie Verteidiger der Rechte ethnischer und kultureller Minderheiten richtet, verheerende Auswirkungen auf das Leben und die Freiheiten von Menschen, die Minderheiten angehören, LGBTIQ+-Personen, Frauen und aller Menschen hat, die sich nicht an die vorherrschenden Normen halten oder an dem Regime und der Politik Russlands Kritik üben; in der Erwägung, dass eine aktive Zivilgesellschaft und freie Medien von entscheidender Bedeutung sind, wenn es darum geht, demokratische und offene Gesellschaften sicherzustellen und Menschenrechte zu wahren;

I. in der Erwägung, dass das Putin-Regime eine ganze Generation von in Russland tätigen Menschenrechtsorganisationen, darunter Memorial und die Moskauer Helsinki-Gruppe, stark dezimiert hat; in der Erwägung, dass in der EU viele verschiedene Dissidenten, Medienvertreter und Vertreter der Zivilgesellschaft aus Russland leben, die gezwungen waren, Russland zu verlassen, da sie aufgrund ihrer Kritik an der Regierung einem großen Risiko von Vergeltungsmaßnahmen durch die Staatsorgane ausgesetzt sind;

J. in der Erwägung, dass sich viele Akteure der Opposition nach wie vor in Russland befinden und von dort aus unter großem persönlichem Risiko weiter für Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und die Menschenrechte kämpfen; in der Erwägung, dass Vertreter der Opposition systematisch verbalen Angriffen, gezielten Kampagnen zur Verleumdung ihrer Person und der Herabsetzung ihrer Menschenwürde vonseiten der Regierung oder regierungsnaher Medien ausgesetzt sind; in der Erwägung, dass die Menschenrechtsgruppe Memorial mehr als 600 Personen als politische Gefangene in Russland eingestuft hat;

K. in der Erwägung, dass die Staatsorgane Russlands seit dem Beginn des groß angelegten Einmarschs Russlands in die Ukraine im Jahr 2022 ihre Unterdrückung der politischen Opposition, der Medien und der Zivilgesellschaft verstärkt und die Rechte und individuellen Freiheiten noch weiter eingeschränkt haben, um innenpolitischen Dissens zu unterdrücken, unter anderem indem sie jegliche gegen den Krieg gerichtete Äußerung unter Strafe stellen; in der Erwägung, dass Kandidaten, die gegen den Krieg sind, daran gehindert wurden, an der bevorstehenden Präsidentschaftswahl 2024 in Russland teilzunehmen;

L. in der Erwägung, dass es nach Angaben der Sonderberichterstatterin der Vereinten Nationen für die Lage der Menschenrechte in der Russischen Föderation für zivilgesellschaftliches Handeln oder die politische Opposition in Russland keinen sicheren Raum mehr gibt;

M. in der Erwägung, dass die drakonische Beschneidung der Menschenrechte durch das in Russland herrschende Regime einen klaren Verstoß gegen die eigene Verfassung und den Rechtsrahmen des Landes sowie einen Verstoß gegen die völkerrechtlichen Verpflichtungen Russlands darstellt;

N. in der Erwägung, dass ein transparenter, demokratischer, freier und fairer politischer Wettbewerb nicht mit den politischen Repressionen vereinbar ist, die in der Russischen Föderation seit vielen Jahren verübt werden und in der Ermordung eines wichtigen Oppositionsführers Russlands, Alexei Nawalny, gipfelten;

1. verurteilt aufs Schärfste den Mord an Alexei Nawalny; spricht seiner Familie, seinen Mitarbeitern und seinen Kollegen sowie seinen unzähligen Unterstützern in ganz Russland von ganzem Herzen sein Beileid aus; bekundet seine uneingeschränkte Unterstützung für Julija Nawalnaja, die entschlossen ist, die von Alexei Nawalny mit ihrer Unterstützung begonnene Arbeit fortzusetzen, sowie für die von Alexei Nawalny gegründete Stiftung zur Bekämpfung der Korruption, die ihre Arbeit unter den neuen Umständen fortsetzt;

2. würdigt Alexei Nawalny als politische Führungspersönlichkeit und bedeutenden Antikorruptionspolitiker, der dank seines Mutes, seines Charismas und seiner Fähigkeit, Menschen zu mobilisieren, das erreicht hat, was andere versucht haben, aber nur wenigen gelungen ist, nämlich die Stärkung der Handlungskompetenz der Menschen, indem er ihren Glauben an ihre Fähigkeit geweckt hat, ihr Leben verbessern, die Gesellschaft verändern und das politische Geschehen beeinflussen zu können;

3. weist erneut auf seine Beiträge zur Ausbildung eines staatsbürgerlichen Bewusstseins durch echte öffentliche Debatten, politische Kampagnen, Straßenproteste und innovative Kommunikation hin, durch die er für viele die Vorstellung eines anderen Russlands verkörperte, in dem die Macht nicht von einem kleptokratischen Regime, das von unterwürfigen Strafverfolgungsbeamten geschützt wird, sondern von den Menschen und im Dienste des Volkes ausgeübt wird;

4. fordert die Staatsorgane Russlands auf, die Beisetzung des Leichnams von Alexei Nawalny entsprechend den Wünschen seiner Familie zu gestatten und die Bemühungen seiner Familie, eine würdige Trauerfeier zu organisieren, nicht zu behindern; fordert eine unabhängige und transparente internationale Untersuchung der genauen Umstände des Todes von Alexei Nawalny und der Frage, wer für seinen Tod verantwortlich ist, damit die Wahrheit ans Licht gebracht wird, dafür gesorgt wird, dass die Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen werden, und damit Gerechtigkeit hergestellt wird; fordert die EU und ihre Mitgliedstaaten auf, eine führende Rolle zu übernehmen, wenn es darum geht, diese Untersuchung zu fordern und zu unterstützen;

5. missbilligt und rügt die Desinformationskampagnen, die von den vom Kreml kontrollierten Medien organisiert wurden und die darauf abzielen, das Vermächtnis und die Würde von Alexei Nawalny vor und nach seinem Tod sowie das Vermächtnis und die Würde seiner Frau, seiner Familie und seiner engen Mitarbeiter zu beschmutzen;

6. fordert den Vizepräsidenten der Kommission und Hohen Vertreter der Union für Außen- und Sicherheitspolitik und die Mitgliedstaaten auf, die politische Führung und die Staatsorgane Russlands in enger Abstimmung mit den Partnern der EU zur Rechenschaft zu ziehen; fordert den Rat auf, die globale Sanktionsregelung der EU im Bereich der Menschenrechte auch tatsächlich zu nutzen und gezielte Maßnahmen gegen diejenigen zu verhängen, die an den politisch motivierten Gerichtsverfahren gegen Alexei Nawalny, seiner Verurteilung, Inhaftierung und den Haftbedingungen beteiligt waren und dafür verantwortlich sind, einschließlich der Staatsanwälte und Richter, des Strafvollzugspersonals und der für seinen vorzeitigen Tod Verantwortlichen; begrüßt, dass die USA unlängst nach dem Tod von Alexei Nawalny Sanktionen verhängt haben, und fordert die EU auf, ihre Sanktionen mit den internationalen Partnern abzustimmen;

7. hebt hervor, dass die Regierung Russlands und Wladimir Putin persönlich die strafrechtliche und politische Verantwortung für den Tod von Alexei Nawalny, ihrem profiliertesten Gegner, tragen, und dass es unter derlei Umständen gerechtfertigt ist, im öffentlichen und internationalen Diskurs die Frage nach der Legitimität Wladimir Putins zu stellen;

8. bekundet all jenen seine Solidarität, die in Russland und jenseits seiner Grenzen trotz der absichtlich brutalen Unterdrückung und der schwerwiegenden persönlichen Folgen immer noch den Mut finden, die Wahrheit zu sagen, die menschlichen Werte zu wahren und sich für eine demokratische und friedliche Zukunft Russlands einzusetzen; in der Erwägung, dass die Bevölkerung Russlands nicht mit dem kriegslüsternen, autokratischen und kleptokratischen Kreml-Regime verwechselt werden darf;

9. brandmarkt die Ausweitung der Menschenrechtsverletzungen durch das in Russland herrschende Regime und verurteilt das anhaltende harte Vorgehen gegen Regierungskritiker, Menschenrechtsverteidiger, Kriegsgegner, Umweltaktivisten, Anführer nationaler Minderheiten, indigene Aktivisten, unabhängige Journalisten und Historiker und die zunehmende Unterdrückung von LGBTIQ+; fordert den Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen auf, in Fällen der unmenschlichen Inhaftierung, Folter und Ermordung politischer Gegner umgehend Untersuchungen durchzuführen; betont, dass die Ermordung von Alexei Nawalny erneut deutlich vor Augen führt, dass dringend gegen die repressive Politik des in Russland herrschenden Regimes vorgegangen und einem derartigen Vorgehen entschlossen entgegengetreten werden muss;

10. fordert die Staatsorgane Russlands auf, alle willkürlichen Anklagepunkte fallenzulassen und alle politischen Gefangenen und willkürlich inhaftierten Personen sofort und bedingungslos freizulassen, darunter Wladimir Kara-Mursa, Juri Dmitrijew, Ilja Jaschin, Alexei Gorinow, Lilija Tschanyschewa, Xenija Fadejewa, Wadim Ostanin, Daniel Cholodny, Wadim Kobsew, Igor Sergunin, Alexei Lipster, Wiktorija Petrowa, Marija Ponomarenko, Alexandra Skotschilenko, Swetlana Petrijtschuk, Jewgenija Berkowitsch, Dmitri Iwanow, Ioann Kurmojarow, Igor Baryschnikow, Dmitri Talantow, Alexei Moskaljow, Oleg Orlow, Boris Kagarlizki und Iwan Safronow;

11. fordert die Staatsorgane Russlands nachdrücklich auf, die Anwendung von Folter, andere Misshandlungen und willkürliche Disziplinarmaßnahmen bei allen Häftlingen unverzüglich einzustellen und bei den Haftbedingungen dringend Reformen durchzuführen, damit sie im Einklang mit den Verpflichtungen Russlands im Rahmen der internationalen Menschenrechtsnormen stehen, insbesondere was den Zugang der Gefangenen zu Ärzten ihrer Wahl, eine angemessene medizinische Behandlung, ihren Zugang zu Rechtsanwälten und die Kommunikation mit ihren Familien betrifft;

12. fordert die Mitgliedstaaten auf, ihre Bemühungen zu intensivieren, um gangbare Wege für die Freilassung der von den Haftbedingungen am stärksten betroffenen Personen zu finden, insbesondere politische Gefangene, die krank sind oder gefoltert werden, und dabei auch den Austausch inhaftierter Personen in Betracht zu ziehen; fordert den Rat auf, das Amt eines Sondergesandten für politische Gefangene und Geiseln in Russland zu schaffen, das diese Bemühungen in Zusammenarbeit mit internationalen Partnern koordiniert und als Anlaufstelle für betroffene Familien und Partner fungiert;

13. fordert die Staatsorgane Russlands auf, die vielen Hundert Menschen, die in den letzten Wochen festgenommen wurden, weil sie Alexei Nawalny friedlich ihren Tribut zollten, sofort freizulassen; verurteilt die grausame Praxis der Staatsorgane Russlands, Teilnehmer an politischen Demonstrationen gezielt aufzugreifen und zum Kriegsdienst einzuberufen;

14. fordert die Staatsorgane Russlands auf, ihre repressiven Rechtsvorschriften aufzuheben, die im Widerspruch zur Verfassung Russlands und zu den internationalen Verpflichtungen des Landes stehen, wie etwa die Gesetze über die Zensur von den Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine betreffenden wahrheitsgemäßen Informationen und über „ausländische Agenten“ und „unerwünschte Organisationen“;

15. fordert die Mitgliedstaaten auf, umfassende restriktive Maßnahmen der EU gegen jene einzuführen, die darin verwickelt sind, Vertreter von Russlands Zivilgesellschaft und in Russland bürgerschaftlich engagierte Menschen politisch zu verfolgen und frei erfundene Rechtssachen gegen sie zu betreiben, und in Betracht zu ziehen, weitere Personen in die Sanktionsliste aufzunehmen, die von Alexei Nawalnys Stiftung für Korruptionsbekämpfung als Helfershelfer des Regimes ermittelt wurden, die zur Führung und Finanzierung des Angriffskriegs gegen die Ukraine und zur internen Repression beitragen, um das Fortbestehen des Regimes zu stützen; besteht auf mehr Transparenz bei der Anwendung und Aufhebung restriktiver Maßnahmen der EU;

16. fordert die EU-Delegation und die Vertretungen der Mitgliedstaaten in Russland auf, auch künftig Gerichtsverfahren gegen Personen, die aus politischen Gründen strafrechtlich verfolgt werden, zu beobachten und daran teilzunehmen;

17. fordert die EU und ihre Mitgliedstaaten auf, weiterhin ihre uneingeschränkte Solidarität mit der unabhängigen Zivilgesellschaft und der demokratischen Opposition in Russland zu bekunden und diese aktiv zu unterstützen, die darauf hinarbeiten, Russland in eine offene Gesellschaft zu verwandeln, in der die politischen Rechte, Grundfreiheiten und Menschenrechte geachtet werden, und somit das bleibende Vermächtnis von Alexei Nawalny zu würdigen; fordert die EU auf, die Einrichtung eines Netzwerks von Menschenrechtsverteidigern zu unterstützen, das Menschenrechtsverletzungen überwacht und darüber Bericht erstattet;

18. fordert die Mitgliedstaaten nachdrücklich auf, das Programm für Visa aus humanitären Gründen, die Menschenrechtsverteidigern, für die Demokratie engagierten Bürgern und unabhängigen Journalisten aus Russland, denen aus politischen Gründen strafrechtliche Verfolgung droht, ausgestellt werden, auszuweiten und weiter zu vereinfachen;

19. bekräftigt seine Forderung nach einer EU-weiten Regelung für die Erteilung von Mehrfachvisa für Menschenrechtsverteidiger, zivilgesellschaftlich engagierte Bürger und politisch Verfolgte sowie nach der Nutzung bestehender rechtlicher Spielräume und der Schließung von Gesetzeslücken, wie sie von der Agentur der Europäischen Union für Grundrechte in ihrem Bericht von 2023 mit dem Titel „Protecting Human Rights Defenders at Risk: EU entry, stay and support“ (Schutz gefährdeter Menschenrechtsverteidiger und ihre Einreise in die EU, ihr Aufenthalt in der EU und Unterstützung dieser Personen) vorgeschlagen wurde; fordert die Organe der EU auf, für den Fall, dass Russland die Ausstellung von Pässen in seinen Konsulaten einstellt, Maßnahmen vorzubereiten, wozu auch die Anerkennung der De-facto-Staatenlosigkeit und die Ausstellung von Reisedokumenten zählt, damit die demokratische Opposition, zivilgesellschaftlich engagierte Bürger und anderweitig politisch Verfolgte in Mitgliedstaaten der EU umsiedeln und dort gegebenenfalls ihre Arbeit im Exil fortsetzen können;

20. fordert die Mitgliedstaaten auf, keine ungerechtfertigten und unverhältnismäßigen restriktiven Maßnahmen gegen Personen zu ergreifen, die vor der derzeitigen Regierung Russlands auf der Flucht sind und sie bekämpfen;

21. fordert, dass für Dissidenten aus Russland in der EU die Verfahren vereinfacht werden, damit sie Organisationen und Einrichtungen eintragen lassen, Bankkonten eröffnen und weitere Verwaltungsaufgaben wahrnehmen und so ihre Arbeit im Exil fortsetzen können;

22. missbilligt die imperialistische Politik des in Russland herrschenden Regimes und verurteilt aufs Schärfste den anhaltenden Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine; bekräftigt, dass die EU, ihre Mitgliedstaaten und gleich gesinnte Partner weltweit ihre politische, wirtschaftliche, finanzielle und militärische Unterstützung für die Ukraine fortsetzen müssen, einschließlich der Unterstützung für die Zivilgesellschaft und der langfristigen Unterstützung des Wiederaufbaus der Ukraine, da dies die beste Reaktion auf die derzeitigen Praktiken der Gewalt und Aggression des Kreml-Regimes ist; ist davon überzeugt, dass ein entscheidender Sieg der Ukraine echte Veränderungen im System in der Russischen Föderation bewirken kann, insbesondere die Entimperialisierung, Entkolonialisierung und erneute Föderalisierung, die allesamt notwendige Voraussetzungen für den Aufbau der Demokratie in Russland sind;

23. fordert die Kommission auf, auf den multilateralen Plattformen, denen Russland angehört, weiter die Menschenrechtsverletzungen in Russland sowie Russlands Verbrechen der Aggression gegen die Ukraine zu verurteilen, die Dokumentation von Menschenrechtsverletzungen in Russland weiter zu unterstützen und sich für die Umwandlung der Untersuchung der Menschenrechtslage in der Russischen Föderation durch das Amt des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Menschenrechte in einen völlig unabhängigen Untersuchungsmechanismus einzusetzen;

24. bekundet seine Unterstützung für die Arbeit der Sonderberichterstatterin der Vereinten Nationen zur Lage der Menschenrechte in der Russischen Föderation, Mariana Kazarowa, und fordert die Mitgliedstaaten auf, dafür zu sorgen, dass der Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen ihr Mandat 2024 erneut verlängert;

25. fordert die Kommission und insbesondere den Europäischen Auswärtigen Dienst auf, eine vorausschauende, langfristige strategische Politik gegenüber Russland zu entwickeln, mit der konkret auf die Realität der heutigen Beziehungen zwischen der EU und Russland, die Lage der Menschenrechte in Russland und die notwendige Unterstützung für Russlands Zivilgesellschaft und für im Exil lebende Oppositionelle aus Russland reagiert wird;

26. verpflichtet sich, die Verstöße des in Russland herrschenden Regimes gegen seine Verfassung und gegen das Völkerrecht – zu denen auch die Wahl am 17. März 2024 zählt, da diese Wahl in den besetzten Gebieten der Ukraine vor dem Hintergrund der zunehmenden Unterdrückung des politischen Pluralismus und der Medien stattfinden soll – kontinuierlich zur Sprache zu bringen;

27. beauftragt seine Präsidentin, diese Entschließung dem Rat, der Kommission, dem Vizepräsidenten der Kommission und Hohen Vertreter der Union für Außen- und Sicherheitspolitik, den Regierungen und Parlamenten der Mitgliedstaaten, dem Europarat, der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa und den Staatsorganen Russlands zu übermitteln sowie dafür zu sorgen, dass diese Entschließung in russischer Sprache verfügbar gemacht wird.